PB.Z-01-217-3

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	BAG Christ*innen
Beschlussdatum:	23.04.2021

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 216 bis 217 einfügen:
staatliche Institutionen durchführen. Antirassismus, Antidiskriminierung und Postkolonialismus wollen wir in Lehrplänen verankern.

Religionen und Weltanschauungen: Grundrechte stärken und Dialoge fördern
Das Grundrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit wollen wir, auch weltweit, weiter stärken. Gleichzeitig wahren wir das Selbstbestimmungsrecht der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.
Wir suchen die Kooperation und den Dialog mit Gemeinschaften, die das Grundgesetz achten, und stehen dabei stets zum säkularen Staat und seinem Neutralitätsprinzip.

Begründung

Das Grundrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit wollen wir, auch weltweit, weiter stärken. Gleichzeitig wahren wir das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften, suchen die Kooperation und den Dialog mit allen Religions- und Weltanschauungen, die das Grundgesetz achten, und stehen dabei stets zum säkularen Staat und seinem Neutralitätsprinzip. Die Zusammenarbeit zwischen progressiven Kräften aus den drei Weltreligionen ist ein wichtiger Baustein für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland. Austausch und Zusammenarbeit findet zwischen Vertretern der christlichen Kirchen, des Islams und des Judentums auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene und international statt. Wir wollen dies wenigstens würdigen, und nicht nur defizitorientiert über Religionen und ihre Vertreter*innen reden.